

JAGDGESETZ: Kundgebung auf dem Bundesplatz in Bern

«Es ist ein Schutz- und kein Abschussgesetz»

Der Schweizer Bauernverband, Jagd Schweiz und die Schweizerische Arbeitsgesellschaft für die Berggebiete luden anlässlich der Abstimmung zum revidierten Jagdgesetz zur Kundgebung auf den Berner Bundesplatz.

TERESE KRÄHENBÜHL

Die Abstimmung über das revidierte Jagdgesetz ist eine emotionale Sache. Wer am Freitagvormittag bei der Kundgebung auf dem Berner Bundesplatz war, zu der der Schweizer Bauernverband (SBV), die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) und Jagd Schweiz geladen hatte, spürte das deutlich. «Sobald die Tiere im Frühling auf den steilen Weiden sind, beginnt auch die Angst um ihren Verlust», erklärte Regula Schmid-Blumer. Als Bergbäuerin auf dem Glaspas am Heizenberg oberhalb von Thusis ist sie in ihrem Alltag hautnah mit dem Wolf konfrontiert.

Breite Unterstützung

Es waren aber nicht nur Redner aus den Reihen der Bauern und der Jäger, welche sich für das revidierte Jagdgesetz starkmachten. So war mit Jill Nussbaumer, Vizepräsidentin Jungfreisinnige Kanton Zug, auch eine Rednerin aus urbanem Gebiet anwesend, die sich für das revidierte Jagdgesetz einsetzt. «Mir ist der Föderalismus wichtig. Ich finde es richtig, dass die Kantone mehr Kompetenzen erhalten. Nur sie kennen ihre Wildtiere und können aufgrund der lokalen Gegebenheiten spezialisiert entscheiden», sagte Nussbaumer. Insbesondere bei Wölfen,



Wekruf für ein Ja zum revidierten Jagdgesetz gestern Freitag auf dem Berner Bundesplatz. (Bild: Therese Krähenbühl)

fen, die in kurzer Zeit grossen Schaden anrichten würden, sei es wichtig, rasch zu handeln.

«Ich finde es richtig, dass die Kantone mehr Kompetenzen erhalten.»

Die St. Galler Nationalrätin Esther Friedli (SVP) betonte in ihrer Rede, dass der Wolfbestand in der Schweiz auch durch die Annahme des revidierten Jagdgesetzes nicht gefährdet würde: «Die Tierschützer sagen sogar selbst, dass man sich um das Überleben der Wölfe in der Schweiz keine Sorgen machen muss. Doch für die betroffenen Bergbauern bringen immer mehr Wölfe immer mehr Konflikte mit sich. Risse an Schafen und Ziegen nehmen Jahr für Jahr zu.» Und es seien nicht nur Schafe und Ziegen, die gerissen würden, sondern auch Kälber und Rinder. «Erst letzte Woche wurde im Waadtland sogar ein 140 kg schweres Rind gerissen.»

Auch Tourismus leidet

Wie der Alltag mit dem Wolf konkret aussieht und welche Konsequenzen seine Verbreitung nicht nur für die Landwirtschaft, sondern letztlich für die ganze Bevölkerung nach sich zieht, legte Regula Schmid-Blumer dar. Den Bauern und ihren Tieren komme in den Berggebieten auch die wichtige Aufgabe der

Alpenpflege zu. «Wir haben dank der sorgfältigen Bewirtschaftung der Landschaft eine sehr gute Biodiversität. Mit der starken Zunahme der Wölfe wie in den letzten Jahren steht das alles auf dem Spiel», betonte die Bergbäuerin. Die Freilaufhaltung und das Abweiden der Bergwiesen seien die beste Voraussetzung für qualitativ hohe Lebensmittel. «Das wird nun gefährdet, denn sicher sind die Tiere bald nur noch im geschlossenen Stall. Wird die Belastung zu gross, werden Land- und Alpwirtschaft aufgegeben. Es kommt zur Abwanderung und zum Verlust jahrhundertalter Traditionen. Stattdessen werden Massentierhaltung im Tal und Import gefördert.» Schliesslich würde auch der Tourismus unter dieser Entwicklung leiden. «Würden die Wanderer und Biker noch in die Berge kommen, wenn alles zugewachsen wäre? Wanderwege können nicht alle ausgezäumt werden, Mutterkühe verteidigen ihre Kälber. Wenn diese durch den Wolf aufgebracht werden, ist die Sicherheit bei Personal und den Touristen nicht mehr gewährleistet.»

«Wird die Belastung zu gross, werden Land- und Alpwirtschaft aufgegeben.»

An der Kundgebung wurde aber nicht nur über den Wolf gesprochen. «Wenn Gegner des revidierten Jagdgesetzes sagen, dass Schneehase, Schneehuhn, Birkhahn und Waldschnepfe nicht mehr gejagt werden sollten und dass das bei der Revision des Gesetzes verpasst worden sei, möchte ich daran erinnern, dass sie sich in den vergangenen 20 Jahren mit keinem einzigen Vorstoss auf nationaler Ebene gegen die Bejagung der genannten Arten gewehrt haben», sagte Anton Merkle, Präsident Jagd Schweiz. Die plötzliche Empörung sei für ihn nicht nachvollziehbar. «Die Bestände sind dort, wo sie bejagt werden, nicht gefährdet. Kantone und Bund können gefährdete Arten oder sinkende lokale Bestände jederzeit von der Jagd ausnehmen.»

Regulation und Schutz

CVP-Nationalrat Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband, legte den Anwesenden dar, dass das revidierte Jagdgesetz eine Regulation von Einzeltieren ermögliche, die Schaden anrichten. «Aus unserer Sicht ist das angepasste Gesetz ein Schutzgesetz und kein Abschussgesetz. Ich wünder mich persönlich darüber, warum die gerissenen Schafe für die Tierschützer keine schützenswerten Tiere sind.» Schliesslich bedürften alle Tiere Schutz.

Ein lautes Ja

Wie wichtig Bäuerinnen und Bauern und Jägerinnen und Jäger die Annahme des revidierten Jagdgesetzes am 27. September ist, zeigten sie dann auch mit einem überzeugten, dreimaligen Ja, das sie im Chor sagten. Ein Ja, das trotz der obligaten Schutzmasken laut und deutlich bis weit in die Stadt Bern hinein zu hören war.

NACHRICHT

Schweizer Käser schliessen sich IG an

Die Wettbewerbskommission (Weko) eröffnet eine Untersuchung gegen mehrere Gross- und Einzelhandelsunternehmen sowie den Zahlungsverkehrsanbieter Markant. Im Fokus des Verfahrens stehen laut Mitteilung der Weko mutmasslich wettbewerbsbeschränkende Massnahmen gegenüber Lieferanten von Gütern des täglichen Bedarfs. Verschiedene Gross- und Einzelhändler wickeln ihren Zahlungsverkehr über Markant ab. Laut Weko vereinbarten Markant und mehrere angeschlossene Gross- und Einzelhändler mutmasslich gemeinsam Massnahmen, um die Lieferanten dazu anzuhalten, das Inkasso über Markant abzuwickeln. Die vermuteten Massnahmen umfassen gemäss Weko insbesondere die Androhung von kollektiven Auslistungen von Gütern des täglichen Bedarfs. Auch landwirtschaftliche Lieferanten hatten sich zuletzt gegen die Gebühren durch Markant zur Wehr gesetzt. So wurde eine bäuerliche IG gegründet, die sich gegen die Übertragung der Fakturierungskosten einsetzt. Gestern Freitag gab Fromarte, der Dachverband der gewerblichen Käseereien, den Beitritt zur «Bäuerlichen IG zur Bekämpfung der Übertragung von Fakturierungskosten durch Coop» bekannt. Auch für die Käseproduzenten würde die Geschäftsbwicklung über Markant höhere Gebühren bedeuten, so Fromarte in einer Mitteilung. lid/hal

BREXIT: Der Blogger und Hügelbauer berichtet monatlich

«Zeigen wir es der Bevölkerung»



Liebe Leserinnen und Leser aus der Schweiz, schon wieder ist ein Monat vergangen. Den wärmsten Monat, nämlich den August, haben wir bereits hinter uns. Und wie ich ins Schwitzen gekommen bin. Letzte Woche etwa holten wir die älteren Schafe runter von ihren Weiden auf unsere walisische «Alp», die auf rund 900 m ü.M. liegt. Nun fressen sie sich genüsslich auf einer Lage von rund 600 m ü.M. die Bäuche voll. Ich weiss, kein Vergleich mit euren hohen Schweizer Alpenweiden. Doch diese fast immergrünen Wiesen hier in einer Landschaft, die vor rund 10000 Jahren noch mit Eis bedeckt war, beherbergen einige der feinsten Gräser und Kräuter für unsere Schafe. Diese verkaufe ich dann an den Herbstauktionen, während die kräftig gewachsenen Lämmer und die Widder für die nächstjährige Zucht verwendet werden.

Der Sommer neigt sich dem Ende zu, und somit bereiten wir uns Hillfarmer in Wales bereits auf den nahenden Winter vor, der bei uns vor allem durch Westwinde und Stürme aus der benachbarten irischen See gekennzeichnet ist. Für uns ganz entscheidend wird sein, wie viel Rind- und Lammfleisch ver-



Die «Grünabfuhrmannschaft» auf der Hillfarm. (Bild: zvg)

kauft werden kann. Deshalb ist es enorm wichtig, unsere Geschichte, sprich unsere Message an die Konsumenten zu bringen. «Kauft lokal ein, unterstützt das regionale Gewerbe, die Bauern und ihre Familien, damit alle ihre Rechnungen bezahlen können!» Zeigen wir der Bevölkerung, wie ökologischer Anbau auch im Jahr 2020 funktionieren kann! Füllen wir unsere Hofläden mit hiesigen Produkten und fairen Preisen! So werden der Landwirtschafts- und seine Zukunft gut dastehen, auch in schwierigen Zeiten. Und zum Abschluss meiner heutigen Kolumne erzähle ich euch etwas über den Nachwuchs auf meiner Farm: Seit ein paar Tagen wohnen bei uns vier Schweine, die sozusagen unsere «Grünabfuhrmannschaft» sind (siehe Foto). Sie sind nicht nur

äusserst lebendige Mitbewohner, sondern zeigen, dass es möglich ist, wirklich alles organische Material auf einer Farm wie der unsrigen zu verwerten. Sie sind erst acht Wochen alt und kommen dann pünktlich auf Weihnachtsauf unseren Tisch. Und zu guter Letzt habe ich heute morgen 15 Truthähne bekommen, die ebenfalls bis Ende Jahr gut gefüttert werden. Ihr Fleisch schenken wir dann unseren Familienangehörigen und Mitarbeitern, aus Dank und Wertschätzung für ihre wertvolle Mitarbeit auf meiner kleinen Hillfarm.

Gareth Wyn Jones Hillfarmer in Wales GB

Gareth Wyn Jones berichtet in Zusammenarbeit mit Stephan Mark Stimmann, der die Beiträge übersetzt, monatlich, wie er den Brexit, den Austritt Grossbritanniens aus der EU, erlebt.

GLETSCHER-INITIATIVE

Netto-Null-Emissionsziel soll in Verfassung

Der Bundesrat will weiterhin das Netto-Null-Emissionsziel 2050 verfolgen. Von einem Verbot für fossile Energien sieht er ab.

Die vom Verein Klimaschutz Schweiz eingereichte Volksinitiative «Für ein gesundes Klima» (kurz: Gletscher-Initiative) verlangt, dass die Schweiz ab 2050 nicht mehr Treibhausgas ausstossen soll, als natürliche und technische Speicher aufnehmen können. Auch sollen ab diesem Zeitpunkt in der Schweiz mit wenigen Ausnahmen keine fossilen Brennstoffe wie Öl, Benzin oder Diesel mehr in Verkehr gebracht werden dürfen.

Pflicht statt Verbot

Den direkten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative, also eine Änderung der Bundesverfassung, hat der Bundesrat bereits im April im Auftrag gegeben. Das von der Initiative geforderte Verbot von fossilen Quellen geht ihm zu weit. In der Schweiz mache der Verbrauch von fossilen Energien drei Viertel der Emissionen aus, räumt der Bundesrat dabei jedoch ein. Eine Abkehr von fossilen Energien sei unabdingbar, was das Klimaziel zu erreichen. Ein faktisches Verbot sei aber zu einschneidend und wegen der unsicheren technologischen Entwicklung auch

unvernünftig. Der Bundesrat will statt des Verbots deshalb eine Pflicht in die Verfassung schreiben, den Verbrauch von fossilen Treib- und Brennstoffen so weit zu vermindern, wie dies technisch möglich und wirtschaftlich tragbar ist.

Gleiches Ziel

Flexiblere Vorgaben will die Landesregierung auch bei der Kompensation des CO₂-Ausstosses. Gemäss heutigen Einschätzungen liessen sich bis 2050 nicht alle Emissionen vermeiden, schreibt der Bundesrat und erwähnt dabei unter anderem die Verbrennung von Abfällen, Industrie und Landwirtschaft, aber auch die Luftfahrt.

Der Gegenvorschlag des Bundesrates verfolgt aber dasselbe Ziel wie die Gletscher-Initiative: Bis 2050 sollen die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen der Schweiz auf Netto null sinken. Er will die Klimapolitik auf die Stärkung der Volkswirtschaft und auf Sozialverträglichkeit ausrichten. Zudem sollen Randregionen und Berggebiete in der Klimapolitik berücksichtigt werden. Sie hätten in der Regel weniger Verbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, schreibt der Bundesrat dazu. Auch seien für sie die Voraussetzungen schlechter, um sich beispielsweise an Fernwärmesystemen beteiligen zu können. lid/sda/hal